

sozialdemokratischer pressediens

P/XXVII/87

8. Mai 1972

Hoffnung auf Zeitgewinn?

Zur inneren Lage der Unionsparteien

Seite 1 / 35 Zeilen

"Die Bullen"

Die Polizei und ihre Stellung in der Gesellschaft

Von Ludwig Rosenberg
Ehemaliger Vorsitzender des DGB

Seite 2 und 3 / 63 Zeilen

Berufskraftfahrer soll Lehrberuf werden

Europa-Parlament stellt Forderungen an Reg
und Kommission

Von Norst Seefeld MdB
Mitglied des Europäischen Parlaments

Seite 4 und 5 / 66 Zeilen

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

"Unsere ureigenste Angelegenheit"

Seite 6 / 42 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 9, Heussallee 2-10
Postfach: 9153
Pressenhaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 90 57-58
Telex: 866 846/886 847/
866 848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Hoffnung auf Zeitgewinn? -----

Zur inneren Lage der Unionsparteien

Noch ist es ungewiß, ob es in Verbindung mit der Abstimmung über die Ostverträge auch eine gemeinsame EntschlieBung der im Bundestag vertretenen Parteien geben wird, die festhält, von welchen Überzeugungen sich Bundestag und Bundesregierung bei der Ratifizierung der Ostverträge leiten lassen. Es könnte nur eine EntschlieBung sein, die sich am Geist und Inhalt der Verträge orientiert. Hier tun sich jedoch die Unionsparteien besonders schwer. Sie können mit sich selbst nicht einig werden.

Zwischen weitgespannten Bogen liegen unvereinbare Auffassungen und Gegensätze. Die einen, und sie sind mehrheitlich in der CSU zu suchen, verwerfen das ganze Vertragswerk und wollen neue Verträge aushandeln (doch mit wem?). andere wiederum möchten vom starren "Nein" und vom "So Nicht" herunterkommen, um ein verklausiertes Ja zu ermöglichen, weil sie nicht die geschichtliche Schuld auf sich nehmen wollen, durch ein Scheitern der Verträge die Bundesrepublik in die schwerste innere und äußere Krise seit ihrem Bestehen zu stürzen. Alle hoffen auf einen Zeitgewinn. So ist es denn zur Stunde, in der diese Zeilen geschrieben wurden, auch ungewiß, ob es nicht darüber, wann in dieser Woche die Ratifikationsgesetze auf die Tagesordnung des Bundestags gesetzt werden sollen, zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Koalition und der Opposition kommen wird. Doch Regierung und Koalition müssen das Wagnis der Ratifizierungsabstimmung suchen. Dies verlangt die Glaubwürdigkeit dieser Regierung ihren Partnern gegenüber. Hat die Union den Verlust an Glaubwürdigkeit in ihr taktische Kalkül einbezogen?

Vieles steht in dieser Woche auf dem Spiel. Mächtige Kräfte innerhalb der Unionsparteien zielen auf Zeitgewinn hin, weil sie glauben, durch ein Liegenlassen der Verträge eigene Schwierigkeiten überwinden zu können. Hier versündigt sich Parteilegismus gegen das Staatswohl, das gebietet, nun jene Verträge zu ratifizieren, die den Völkern Europas mehr Sicherheit, Westberlin die gesicherte und ungestörte Zugehörigkeit zur Bundesrepublik und den Menschen im gespaltenen Deutschland lang entbehrte Erleichterungen geben.

(ae/ex/8.5.1972/ks)

÷ ÷ ÷

"Die Bullen"

Die Polizei und ihre Stellung in der Gesellschaft

Von Ludwig Rosenberg

Ehemaliger Vorsitzender des DGB

Es ist üblich geworden, von "Bullen" anstatt von Polizisten zu reden und zu schreiben, und wer das tut, kommt sich dann so vor, als sei er durch die Benutzung des Zuhälterslangs selbst stark wie ein Bulle geworden, eine Art Ersatzkraftmeierei.

Es ist typisch für unsere Gesellschaft, daß sich solche Ausdrucksformen ohne ernsthaften Widerspruch - selbst der Betroffenen - durchsetzen können.

Wer sind denn diese "Bullen"? Es sind Menschen - Arbeitnehmer - die sich dem Dienst am Volke, seiner Sicherheit und der Einhaltung der Gesetze verschrieben haben, die von den frei gewählten Vertretern des Volkes in freier Entscheidung zum Schutz der Bürger und zur Sicherung der Rechtsstaatlichkeit geschaffen wurden. Ihre Arbeit als Exekutive ist nicht leicht. Sie haben sich mit jenem Bodensatz der Gesellschaft herumzuschlagen, den es in jeder Gesellschaft gibt und dem jeder andere gern aus dem Wege geht. Sie werden immer dann gerufen, wenn sich der normale Staatsbürger in seiner Sicherheit und seiner Freiheit bedroht fühlt, und sie werden gerade oft genug von jenen in Anspruch genommen, die keine Gelegenheit auslassen, sie zu beschimpfen, solange sie ihrer Hilfe nicht bedürfen.

In der Ausübung ihrer Arbeit sind sie strengen Regeln unterworfen, die fast jeder normale Bürger und Arbeitnehmer ablehnen würde.

Sie müssen bereit sein, ihre Gesundheit und ihr Leben einzusetzen, und ihre "Arbeitsschutzbedingungen" sind bei weitem nicht so vorsorglich geregelt, wie das bei anderen Berufen der Fall ist. Das ist Teil ihres Berufes. Sie beanspruchen deshalb nicht, als besondere Helden gefeiert zu werden, sie können aber beanspruchen, daß sie die Unterstützung, das Wohlwollen und - wenn nötig - die Hilfe derer erwarten können, zu deren Schutz und Sicherheit sie diese Risiken eingehen.

Wie sieht es aber in der Wirklichkeit aus? Das Publikum, diese große Masse sensationslüsterner, an Verbrechen sich aufkitzelnder Menschen, ist im allgemeinen zunächst gegen die Polizei eingestellt. Wenn irgendwo etwas geschieht, ist der Ordnungshüter meist auf sich allein gestellt. Nur selten wird ihm von den zahlreichen Zuschauern geholfen. Wenn sie nicht auf seiten der Gesetzesbrecher sind, sind sie bestenfalls neutral. Sie sehen zu. Für sie ist das alles ein prickelndes Schauspiel - eine Art Krimiersatz. Die "Bullen" sind zunächst immer in Unrecht. Der Rechtsbrecher ist zunächst immer der arme Verfolgte, der der brutalen Staatsmacht angeblich wehrlos aus-

geliefert ist. Es gehört zur Schizophrenie dieses Bürgersinns, daß dann gleichzeitig von denselben Leuten mit unfehlbarer Regelmäßigkeit die Todesstrafe für Verbrecher gefordert wird.

Niemand wird und kann bestreiten, daß es unter Polizisten auch solche gibt, die ihre Zuständigkeit und Rechte überschreiten. Ebenso kann niemand bestreiten, daß es unter den zahllosen "harmlosen" Passanten auf der Straße eine ganze Anzahl von Verbrechern gibt. Es wäre verrückt, deshalb alle Polizisten als potentielle Rohlinge und Schlägertypen anzusehen, wie es ebenso verrückt wäre, alle Passanten als Verbrecher zu bezeichnen. Beide müssen bestraft werden, wenn sie sich als solche Außenseiter erweisen - aber nur dann.

Eine Polizei, die von einem großen Teil des Volkes so angesehen, so bezeichnet und so behandelt wird, kann ihre Aufgabe nicht erfüllen. Sie wird erstens keine geeigneten Mitarbeiter in genügender Zahl bekommen. Sie wird zweitens in der Ausübung ihrer schweren Arbeit ernsthaft behindert - psychologisch und tatsächlich. Es wäre gar kein Wunder, wenn Polizeibeamte mancher Auseinandersetzung mit Ruhestörern und Ganoven aus dem Wege gehen, anstatt einzugreifen, wenn sie befürchten müssen, daß die Sympathien der Passanten eher den Übeltätern als den Ordnungshütern gelten.

Es ist sinnlos und verlogen, über die wachsende Kriminalität zu klagen, wenn man gleichzeitig jene, die sie bekämpfen sollen, diffamiert und ihren Beruf als minderwertig abwertet.

Daß es völlig wirkungslos, immer nach den furchtbarsten Strafen zu rufen, wenn man die Täter zu einer Art moderner Helden macht, ihre "Kühnheit" und "Schläue" bewundert und das alles bestenfalls wie ein Spiel zwischen Katze und Maus - als eine Art Schauspiel behandelt. Wenn sich zum Beispiel Tausende von Menschen bei Raubüberfällen als "Zuschauer" ansammeln und die Polizei in der Ausübung ihrer Arbeit behindern, wenn sich Hunderte von Polizisten damit beschäftigen müssen, Neugierige und Sensationslüsterne aus der Gefahrenzone zurückzudrängen - anstatt die Verbrecher unschädlich machen zu können -, so ist das direkt und indirekt Hilfeleistung für die Verbrecher.

Eine Gesellschaft, die ihre Ordnungsergane mit Schimpfworten aus der Zuhältersprache bezeichnet, die ihnen nicht hilft, sondern sie bewußt oder unbewußt an der Aufrechterhaltung der Ordnung behindert, darf sich nicht wundern, daß die Rechtsbrecher die Unterstützung durch diese unfreiwilligen Helfer mehr in ihre Pläne einkalkulieren, als sie die Wirksamkeit der "Bullen" fürchten. Da hilft auch das alberne Geschrei nach der Todesstrafe für beinahe jede Straftat nichts - nachdem man das Verbrechen vorher "genossen" hat wie den Krimi am Fernsehen.

(-/ex/8.5.1972/ks)

Berufskraftfahrer soll Lehrberuf werden

Europa-Parlament stellt Forderungen an Rat und Kommission

Von Horst Seefeld MdB

Mitglied des Europäischen Parlaments

Bei der Debatte im Europäischen Parlament über das Mindestniveau der Ausbildung für Fahrer im Straßenverkehr wurde mit Recht verlangt, daß der Beruf des Kraftfahrers von einer ungelernten Beschäftigung zu einem Lehrberuf erhoben wird.

Damit haben sich die Parlamentarier aus den sechs EWG-Ländern eine Forderung zu eigen gemacht, die im Deutschen Bundestag schon mehrfach gestellt wurde.

Wer das Wort "Berufskraftfahrer" gebraucht, tut dies im allgemeinen ohne zu wissen, daß es den Beruf "Berufskraftfahrer" offiziell gar nicht gibt. In Wahrheit sind jene Männer, die Tag und Nacht mit ihren Lastkraftwagen auf unseren Straßen unterwegs sind, nichts anderes als 'Hilfsarbeiter am Steuerrad'. Man spricht, wenn man jene Männer meint, oftmals auch von den 'Kapitänen der Landstraße'. Kapitäne tragen eine hohe Verantwortung. Menschen, Ladung und Fahrzeug sind ihnen anvertraut. So ist es auch bei den 'Kapitänen der Landstraße'. Die Fahrzeuge, die sie bedienen, stellen für den Unternehmer einen großen Wert dar. Den Fahrern werden wertvolle Ladungen anvertraut, und selbstverständlich verlangt man von ihnen besondere Rücksichtnahme gegenüber Menschen im Straßenverkehr. Und trotzdem müssen sie seit vielen Jahren um die Anerkennung ihrer Arbeit kämpfen. Es fehlt noch immer ein ausgearbeitetes Berufsbild. Leider ist es noch so, daß jeder, der einen Führerschein der Klasse II besitzt, sich in ein Fahrerhaus setzen und damit am Verkehrsgeschehen teilnehmen darf. Die alten, erfahrenen Fahrer sind oftmals verärgert, wenn sich jüngere mit einer ungenügenden Ausbildung, sowohl theoretisch wie praktisch, in das Verkehrsgetümmel stürzen und durch eine unausgeglichene Fahrweise die Gilde der 'Berufskraftfahrer' verunglimpfen.

Doch das ist längst nicht alles. Es bleibt nicht aus, daß der-

jenige, der täglich am Steuer sitzt, bestimmte Krankheiten, sogenannte 'Berufskrankheiten' erleidet. Bandscheibenschaden und Magenleiden zählen zum Beispiel bei den Kraftfahrern dazu. Berufskrankheiten setzen allerdings voraus, daß der, der sie erleidet, auch einen Beruf ausübt. Und hier ist nun der Kreis geschlossen: Kraftfahrer ist kein Beruf, also kann auch keiner beim Fahren von Kraftfahrzeugen 'berufskrank' werden. Dabei steht ohne Zweifel fest, daß wohl kaum jemand den Kraftfahrern bestreiten kann, daß sie täglich eine schwere und auch verantwortungsvolle Arbeit zu leisten haben. Es wird deshalb höchste Zeit, daß aus den 'Hilfsarbeitern am Steuer' endlich der Facharbeiter mit dem erlernten Beruf 'Berufskraftfahrer' wird. Wenn endlich ein einheitliches Berufsbild für die Berufsausbildung erstellt ist, darf erwartet werden, daß die Berufskraftfahrer dann auch eine sozial gesicherte Stellung in unserer Gesellschaft einnehmen.

Aus diesen und vielen anderen Gründen ist zu begrüßen, daß im Europäischen Parlament die Kommission der Gemeinschaft u.ä. aufgefordert wurde, 'allgemeine Prinzipien der Harmonisierung der Ausbildung der Berufskraftfahrer im Straßenverkehr zu entwickeln und dem Rat entsprechende Vorschläge vorzulegen'.

Die europäischen Parlamentarier haben besonders darauf hingewiesen, welche Bedeutung sie der Ausbildung der Fahrer auch für die Sicherheit im Straßenverkehr beimessen. Es wäre zu begrüßen, wenn sich die Mitgliedsländer der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft sehr bald auf die Wünsche des Europäischen Parlaments einstellen und die gewünschten Aufträge erfüllen würden. Im Interesse der LKW-Fahrer, wie aber auch eines jeden am Straßenverkehr Teilnehmenden, wäre es sinnvoll, sehr bald zu konkreten Beschlüssen zu kommen. Die Vorarbeiten in der Bundesrepublik Deutschland sind auf diesem Gebiet sehr weit vorangeschritten. Unter den Kraftfahrern herrscht allerdings eine berechtigte Unzufriedenheit über das schleppende Vorgehen. Frühere Bundesregierungen haben sie mehr als zehn Jahre lang warten lassen. Die jetzige Bundesregierung hat zugesichert, das Problem zu lösen, doch sind auch hier die gesetzten Termine schon überschritten. Vielleicht gibt die Tatsache, daß die Sorgen der Kraftfahrer im Europäischen Parlament behandelt wurden, den abschließenden Verhandlungen und Beratungen neuen Auftrieb.

(-/ex/8.5.1972/ks)

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

"Unsere ureigenste Angelegenheit"

"Die Erhaltung des Friedens und der Sicherheit auf unserem Kontinent und in der ganzen Welt ist nicht nur eine Angelegenheit der Politiker und Regierungen. Der Gedanke in Europa, von wo aus zwei Weltkriege begannen und wo sich zur Zeit ein unvorstellbares Waffenarsenal befindet, eine Atmosphäre des Friedens und der Sicherheit zu schaffen, ist im Interesse aller friedliebenden Menschen. Aller diejenigen, denen das Schicksal der heutigen und künftigen menschlichen Generation nicht gleichgültig ist.

Dank der konsequenten Friedenspolitik der UdSSR und der übrigen sozialistischen Länder, ist unser aller Sehnsucht nach einem ruhigen und geregelten Leben heute nicht mehr ein unerfüllbarer Wunschtraum, sondern eine reale Kraft. Für eine friedliche Koexistenz zwischen Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung treten heute nicht nur die Regierungen und Völker der sozialistischen Länder, sondern auch die Nationen und immer mehr Repräsentanten der kapitalistischen und neutralen Staaten ein. Die Zeit ist reif für eine gesamteuropäische Sicherheitskonferenz noch im Verlauf dieses Jahres.

Als fester Bestandteil der Nationalen Front unserer sozialistischen Republik will unser Verband nach besten Kräften und mit allen Mitteln dazu beitragen, seine Mitglieder und die übrigen Bürger deutscher Nationalität der CSSR über die Friedensoffensive der Sowjetunion und der übrigen sozialistischen Länder zu informieren.

Besonders wollen wir die Bevölkerung über die Bedeutung der zwischen der UdSSR und der VR Polen einerseits und der BRD andererseits abgeschlossenen Verträge und die Notwendigkeit deren Ratifizierung aufzuklären, da beide Verträge zur Normalisierung der Lage in Europa beitragen und von der überwiegenden Mehrheit der Menschen auf unserem Kontinent begrüßt wurden.

Wir wollen aber auch dazu beitragen, die heuchlerischen Friedensstörer jenseits unserer Staatsgrenze zu enthüllen, damit die Bürger die wahren menschenfreundlichen Absichten dieser Kräfte durchschauen und ihnen kein Gehör schenken.

Wir unterstützen deshalb die Ergebnisse der Prager Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Warschauer Paktstaaten, vom Jänner d.J. Die auf dieser Tagung gefaßten komplexen Beschlüsse und Vorschläge beinhalten auch die berechtigten Forderungen aller unserer Bürger

Der Vorstand des Kulturverbandes der Bürger der CSSR
deutscher Nationalität" (-/ex/8.5.1972/ks)

(Zitiert aus "Prager Volkszeitung"/Wochenblatt der deutschen Werktätigen in der CSSR/ 21. April 1972)